

GROSSBRITANNIEN

Bei Verdacht schießen!

Während eines missglückten Antiterrorereinsatzes in London gerieten erneut zwei Unschuldige ins Visier der britischen Polizei.

Fabian Frenzel ist freier Journalist und lebt in Sheffield.

Zwei Wochen vor dem ersten Jahrestag der Bombenanschläge vom 7. Juli in der britischen Hauptstadt werden die dortigen Behörden scharf kritisiert. Die Schelte richtet sich vor allem gegen die Londoner Polizei Scotland Yard und ihren Leiter Ian Blair. Der Grund: Anfang Juni 2006 haben Beamte in einem Antiterrorereinsatz ein Wohnhaus in Forest Gate im Osten Londons gestürmt und dabei auf einen der Hausbewohner geschossen. Der verletzte Mann wurde im Zuge des Einsatzes zusammen mit seinem Bruder festgenommen, weil die Polizei eine chemische Bombenfabrik in dem Haus vermutete. Während die Familie der Festgenommenen deren Unschuld beteuerte und die Polizei wegen ihres brutalen Vorgehens kritisierte, erklärte Scotland Yard, man habe versucht, einen unmittelbar bevorstehenden Terroranschlag zu vereiteln. In der vergangenen Woche wurden die Brüder dann ohne Anklage entlassen, und die Polizei entschuldigte sich bei der Familie und den Nachbarn für das Leid, das die Operation verursacht habe.

Die Brüder, die beide streng gläubige Muslime sind, warfen auf einer Pressekonferenz nach ihrer Entlassung den Polizisten vor, sich bei dem Einsatz nicht als Beamte identifiziert zu haben. Zudem seien sie nach der Festnahme von Polizeibeamten misshandelt worden. Lediglich ihr pakistanischer Hintergrund und ihre langen Bärte seien aus-

schlaggebend für ihre Verhaftung gewesen, sagte einer von ihnen. Die Polizei wies dies in ihrer Entschuldigung zurück. Sie verteidigte den Einsatz von Schusswaffen unter Hinweis auf die Antiterrorereinsätze in Manchester und in Madrid, bei denen Polizisten ums Leben gekommen waren.

Ausgelöst worden war der Einsatz durch die Information eines Polizeispitzels. Noch vor der Razzia hatten allerdings Beamte von Scotland Yard die Zuverlässigkeit des Hinweises gegenüber der Polizeiführung angezweifelt. Dort jedoch hieß es, man könne im Falle einer potenziellen Bedrohung von Tausenden Menschen nicht zögern, sondern müsse unverzüglich einschreiten.

Einsatz von Schusswaffen verteidigt

Der Anwalt der Familie hat eine Klage gegen die Londoner Polizei und ihren Leiter Ian Blair angekündigt. Problematisch ist für die Sicherheitskräfte auch die politische Reaktion auf die Festnahmen. Der Einsatz in Forest Gate hat vor allem unter Muslimen für Empörung gesorgt. Verschiedene muslimische Gruppen und die im Osten Londons besonders starke Partei Respect, die vom Labour-Dissidenten und Unterhausabgeordneten George Galloway gegründet wurde, haben zu Protesten aufgerufen. Auf mehreren Demonstrationen haben sie ihre Soli-

darität mit den Opfern des ihrer Meinung nach "rassistischen" Polizeieinsatzes zum Ausdruck gebracht.

Einzelne Mitglieder von Respect forderten Muslime dazu auf, die Zusammenarbeit mit der Polizei abzulehnen, was allerdings von Galloway später bestritten wurde. Der Einsatz in Forest Gate ist die jüngste einer ganzen Serie von Aktionen der britischen Polizei gegen Muslime im Zusammenhang mit Terrorismusvorwürfen. Scotland Yard versucht, den Schaden zu begrenzen und hat angekündigt, die Zusammenarbeit mit den muslimischen Gruppen verbessern zu wollen. Derzeit wird sogar erwogen, Vertreter der muslimischen Gemeinden in die Planung anstehender Antiterrorereinsätze einzubeziehen.

In den vergangenen Wochen gab es auch im Fall des vor einem Jahr erschossenen Brasilianers Jean Charles de Menezes eine neue Entwicklung. Menezes wurde im vergangenen Sommer in der Londoner U-Bahn auf der Station Stockwell von Polizisten erschossen. Die Beamten hielten ihn für einen Selbstmordattentäter, doch er war das Opfer einer Verwechslung. Es gilt inzwischen als sicher, dass keiner der Beamten des Spezialkommandos mit rechtlichen Konsequenzen rechnen muss. Nach einem ersten Bericht der unabhängigen Kommission für Beschwerden gegen die Polizei (IPCC) handelten die Polizisten im Rahmen ihres Wissens kor-

rekt. Die Staatsanwaltschaft erklärte allerdings Anfang des Monats, dass sie erwäge, Anklage gegen den Polizeichef Ian Blair und zwei weitere hochrangige Polizisten zu erheben, da sie verantwortlich für das Vorgehen der Polizei in der U-Bahn-Station gewesen seien.

Polizei soll Beweismaterial vernichtet haben

Vertreter der Familie von Menezes verlangen zudem eine genaue Analyse des Einsatzes und kritisieren, dass sich das Verfahren so lange hinzieht. Ein zweiter Bericht der IPCC ist bisher noch nicht veröffentlicht worden. Darin werden die Umstände behandelt, die zu dem Einsatz führten, und das Verhalten der Polizeiführung nach dem Einsatz gegen Menezes. Im Wirbel um das Vorgehen in Forest Gate sickerten in der vergangenen Woche allerdings Details aus dem Bericht an die Öffentlichkeit durch. Demzufolge scheint die Studie eine direkte Verantwortung Ian Blairs für die versuchte Vertuschung von Fehlern der Polizei zu unterstellen.

Offenbar wurden nach dem Einsatz Videoaufnahmen von Überwachungskameras gelöscht, auf denen die Aktion dokumentiert war. Blair soll auch dafür verantwortlich sein, dass Mitarbeiter der IPCC zunächst nicht zum Tatort durchgelassen wurden, obwohl dies nach einem

Schusswaffengebrauch vorgeschrieben ist. Besonders dubios ist die Stellungnahme Blairs, wonach die Londoner Polizei nach dem Einsatz für mindestens 24 Stunden fest davon überzeugt gewesen sei, einen Terroristen getötet zu haben.

Zudem gab die Polizei tagelang kein offizielles Statement über die Umstände des Einsatzes ab. Stattdessen drang eine Reihe von Fehlinformationen an die Öffentlichkeit. So hieß es, Menezes habe keinen legalen Aufenthaltsstatus gehabt, er sei über die Absprungen der U-Bahn gesperrungen und habe sich also "verdächtig" verhalten. Es dauerte zwei Wochen, bis ein Fernsehbericht des Senders ITV mit Hilfe von internen Informationen aus der IPCC klar stellte, dass diese Unterstellungen falsch waren. Die Reaktion der Polizei war, den verantwortlichen Journalisten Neil Garrett und seine Informanten in der IPCC mehrfach in Gewarhsam zu nehmen und zu verhören. Erst im Mai wurde das Verfahren gegen den Journalisten eingestellt.

Ob jemand für den Tod von de Menezes zur Verantwortung gezogen wird, bleibt indes offen. Der wachsende Druck auf Ian Blair hat zu Solidaritätsnoten des Premierministers Tony Blair und des Londoner Bürgermeisters Ken Livingstone geführt. Ian Blairs Stelle sei "im Augenblick völlig sicher", sagte der für die Polizei zuständige Staatssekretär Tony McNulty. Der zweite Report der IPCC zum Tod von Menezes soll Ende des Monats erscheinen.

Fabian Frenzel

Jean Charles de Menezes hatte keine Gelegenheit, die Verwechslung aufzuklären: Trauernder an der Londoner U-Bahn-Haltestelle Stockwell, wo Menezes von der Polizei vor einem Jahr erschossen worden war.

(Foto: Indymedia)

